

Auszug aus der Niederschrift zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 21.01.2020

Öffentlicher Teil

TOP . Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern in Hagen

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Lossau berichtet über die Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern in Hagen (**siehe Anlage zu TOP 6**).

Sie wolle eine Anregung aus dem Jahr 2019 aufgreifen, Informationen zu evaluieren, wie es mit den jungen Menschen weitergehe, wenn diese aus der Jugendhilfe rausfielen. Man habe dieses Anliegen in der AG 4 vorgetragen. Es habe dazu Rückmeldungen von den Hager Trägern gegeben, dass dazu evaluiert würde.

Sie gehe davon aus, dass man in der nächsten Sitzung im März zu dem Thema berichten könne.

Sie fragt, ob der Ausschuss außerdem Interesse daran habe, einen Bericht eines ehemaligen unbegleiteten Minderjährigen zu hören. Es gebe einen Betroffenen, der sich bereit erklärt habe, im Ausschuss darüber zu berichten.

Frau Timm-Bergs führt aus, dass sie den Vorschlag von Frau Lossau begrüßt. Sie sei über die Ausführungen von Frau Lossau im Hinblick auf die Übernahme von Tätigkeiten in dem Bereich durch den Allgemeinen Sozialen Dienst hellhörig geworden. Bezogen auf die vielfältigen bestehenden Probleme im ASD sehe sie das kritisch.

Herr Goldbach macht deutlich, dass man vor ein paar Jahren, als die große Zahl von unbegleiteten minderjährigen Jugendlichen nach Hagen kam, einen speziellen Dienst etabliert, in dem sich Mitarbeiter ausschließlich mit der Vermittlung und Betreuung der jungen Menschen befasst hätten. Dieser sei dann nach Rückgang der Zahlen schrittweise zurückgefahren und in die Teams des ASD integriert worden. Das Personal sei nicht entlassen worden, sondern arbeite jetzt im ASD, so dass das Know How dort verblieben sei. Die Personalausstattung des ASD habe sich sehr verbessert. Es sei mittlerweile gelungen, in der ASD-Arbeit erfahrene Mitarbeiter einzustellen. Die Einarbeitungskonzepte seien entsprechend überarbeitet worden. Es seien vier überplanmäßige Stellen zur Verstärkung eingerichtet worden, die fast alle hätten besetzt werden können. Die letzten Vorstellungsgespräche hätten heute stattgefunden. Man sei mittlerweile in dem Bereich gut aufgestellt.

Frau Timm-Bergs dankt für die Ausführungen.

Herr Gebauer ergänzt die Ausführungen von Herrn Goldbach. Man habe sich in den letzten Jahren gemeinsam eine ziemliche Kompetenz erarbeitet. Daher werde es leichter sein, bei einer Zunahme von unbegleiteten minderjährigen Ausländern den Herausforderungen zu begegnen.

Frau Lossau macht deutlich, dass ein großer Teil der Arbeit mit unbegleiteten minderjährigen Ausländern die Hilfe zur Erziehung sei. Daher sei eine Ansiedlung der Aufgabe im ASD zu vertreten.

Frau Kaufmann formuliert eine Bitte an die Träger. Sei es möglich, ggf. im nichtöffentlichen Teil der Sitzung über Erfahrungen aus einer Pflegefamilie zu berichten. Welche Herausforderungen gebe es? Welche neuen Probleme hätten sich ergeben? Das sei sowohl von Trägerseite, als auch aus Sicht der Pflegefamilien interessant für die Ausschussmitglieder und würde das bestehende Bild abrunden.

Herr Reinke führt aus, dass man diese Anregung gern aufnehme.

Frau Köppen betont, dass sie das Setting eines solchen jungen Menschen im Ausschuss für problematisch halte. Nach der Beschreibung des Stückes im Kultopia halte sei es für sinnvoller, zu der Veranstaltung zu gehen, um dort zuschauen, was die Jugendlichen zusammengetragen hätten. Anschließend könne man sich überlegen, welches Setting gewählt werden solle, um einen solchen Erfahrungsbericht zu hören. Sie halte den Vorschlag von Frau Kaufmann im Sinne einer Erweiterung für geeignet und das würde ihr viel besser gefallen.

Herr Reinke formuliert zwei Fragen hinsichtlich der Zahlen. Habe man kalkuliert, wie viele junge Menschen im Falle einer erneuten Zuweisung aus den griechischen Flüchtlingslagern nach Hagen kommen könnten? Sei man darauf vorbereitet? Wo seien die aktuell in Hagen lebenden unbegleiteten Minderjährigen derzeit untergebracht?

Frau Lossau antwortet, dass die Landesquote in NRW derzeit erfüllt sei. Sie gehe jedoch davon aus, dass man im Falle von weiteren Zuweisungen durch die gemachten Erfahrungen gut darauf vorbereitet sei.

Herr Goldbach ergänzt die Ausführungen. Er stimme Herrn Gebauer zu, dass man auf Zuweisungen von weiteren jungen Menschen gut vorbereitet sei.

Frau Köppen nimmt Bezug auf einen gestellten Förderantrag für die Jugendlichen zur Unterstützung in der Berufsausbildung. Wie sei da der Stand der Dinge?

Herr Goldbach teilt mit, dass der Name des Förderprogramms „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit „ sei.

Frau Keller erläutert das Programm, das auch sechs Bausteinen besteht. In dem Zusammenhang werde gerade eine Vorlage für den Verwaltungsvorstand erstellt. Es stünden rund 500.000 € bis 2022 zur Verfügung, die für unterschiedliche Bereiche abgerufen werden könnten. Die Antragsfrist sei der 31. März 2020.

Frau Kaufmann dankt den Kolleginnen und Kollegen, die mit ihrem Einsatz die Durchführung solcher Projekte erst möglich machen.

Frau Lossau nimmt Bezug auf den Wortbeitrag von Frau Köppen und teilt mit, dass es

sich hier nicht um einen Jugendlichen handele, sondern um einen Erwachsenen im Alter von ca. 22 Jahren, der von sich aus entschieden habe, seine Erfahrungen weiterzugeben. Sie wolle diesen Menschen mit seinen Wünschen auch ernst nehmen wollen. Es gehe darum, zu erfahren, wie er hier aufgenommen worden sei und welche Perspektive er habe. Daraus könne man aus fachlicher Sicht wichtige Erkenntnisse ziehen, um ggf. neu zu steuern.

Frau Köppen betont, dass sie trotz der Ausführungen bei ihren Bedenken bleibe und bitte, das Ganze in einen breiteren Kontext zu stellen.

Herr Reinke schlägt vor, in der vorgeschlagenen Weise zu verfahren und eine Abstimmung herbeizuführen.

Anlage 1 Anlage zu TOP 6 JHA 21.01.20